



PerGlobal
Perspektiven Globaler Politik



@ Geneve 2003: Auf dem Weg zum UN- Gipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS)

Tile von Damm
Berlin, Oktober 2003

Der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft

Hintergrund

Im letzten Jahrzehnt hat die Entwicklung neuer Informations- und Kommunikationstechniken (IKT) den Menschen in aller Welt neue Möglichkeiten eröffnet. Die große Mehrheit der Menschheit ist jedoch von der "digitalen Revolution" unberührt geblieben. Ein Graben trennt die Länder und sozioökonomischen Gruppen zwischen denen, die Zugang zu Informationstechnologien haben und denen, die keinen Zugang haben.

Zum ersten Mal beschäftigen sich die Vereinten Nationen (United Nations - UN) mit der globalen Informationsgesellschaft im Rahmen eines UN-Gipfels: Vom 10.-12. Dezember 2003 wird in Genf der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (World Summit on Information Society - WSIS) stattfinden. Das Ziel ist, ein gemeinsames Verständnis von Informationsgesellschaft zu entwickeln und zentrale Fragen dazu zu beantworten. Der Gipfel setzt sich mit den wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen auseinander, die mit dem Einsatz der neuen Technologien verbunden sind. Somit reiht sich dieser UN-Prozess in die Serie von Weltgipfeln zu zentralen Menschheitsfragen der vergangenen Jahre ein.

Einbindung in UN-Prozesse

Der Prozess ist bereits in vollem Gang, drei PrepComs (Vorbereitungskonferenzen) haben bereits stattgefunden. Eine Annäherung in den kritischen Themengebieten ist jedoch bislang nicht gelungen. Zudem laufen die Verhandlungen zum großen Teil abseits der Öffentlichkeit, und - trotzdem eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen (NRO) und zivilgesellschaftlichen Vertreter/innen in den Prozess involviert sind – zeigen bisher nur wenig Umwelt- und Entwicklungs-NRO Interesse, weil sie die Informationsgesellschaft zu wenig als für ihren Bereich relevant betrachten.

Die scheinbare Trennung zwischen Entwicklungs- und Umwelt-/Nachhaltigkeitsthemen und der Informationsgesellschaft ist jedoch nicht haltbar. Nicht nur implizit, sondern auch explizit sind die Themen, die auf globaler Ebene in den vergangenen Jahren sowohl beim Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (World Summit on Sustainable Development - WSSD) in Johannesburg und dem Weltgipfel zur Entwicklungsfinanzierung (Financing for Development - FfD) in Monterrey behandelt wurden auch auf der Agenda des WSIS. Es geht um Fragen der Finanzierung zur Überwindung der Digitalen Spaltung (Digital Divide) oder um die globale Ausgestaltung der (freien) Verfügbarkeit von Information. Gründe genug, sich intensiver mit dem WSIS-Prozess auseinanderzusetzen und sich zu engagieren.

Über Genf nach Tunis

Erstmalig ist mit dem WSIS ein UN-Prozess explizit zweigliedrig aufgebaut: Der erste Teil wird 2003 in Genf stattfinden, der zweite 2005 in Tunis, wo der Prozess seinen Abschluss finden soll.

Die Koordination und Ausrichtung des Gipfels in Genf obliegt der an die UN angegliederten Internationalen Fernmeldeunion (International Telecommunication Union - ITU). Daneben ist die UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) in den Prozess eingebunden.

Die Grundidee, den WSIS-Prozess zweigliedrig zu gestalten, liegt an der Fülle der zu behandelnden Themen: In Genf stehen grundsätzlich eher technische Aspekte

auf der Agenda, Tunis hingegen wird die kulturelle und bildungspolitische Dimension der Informationsgesellschaft thematisieren.

Dass diese zunächst geplante Trennung in dieser Deutlichkeit nicht funktionieren kann, haben die bisherigen Vorbereitungstreffen eindrücklich bewiesen. Dennoch ergibt sich alleine dadurch, dass die ITU den ersten Teil und die UNESCO den zweiten Teil federführend organisieren, ein Agandasetting im Sinne der jeweiligen Organisationen. Bei der ITU stehen im wesentlichen Themen wie freie Marktzugänge und Schutzmaßnahmen zur Sicherung von Urheber- und Verwertungsrechten im Vordergrund. Sie gilt darüber hinaus als eher wirtschaftslastig.

Die dritte PrepCom

Vom 15. bis 26.09.2003 fand in Genf die dritte PrepCom (Vorbereitungskonferenz) zum WSIS statt. Ursprünglich sollte diese die letzte vor dem Gipfel sein. Aufgrund der z.T. äußerst verschiedenen Positionen der Regierungen, aber auch der noch zahlreichen offenen Fragen, kam es zu keiner Einigung. Somit sind vor dem eigentlichen Gipfel in Genf noch zwei weitere Treffen zur Erarbeitung einer Agenda vorgesehen. Als Termin hierfür sind der 11.-14.11.2003 (PrepCom 3a) und der 07.-09.12.2003 (beide in Genf) vorgesehen.

Draft-Declaration und Action Plan

Zur Verhandlung stehen die Declaration of Principles und der Aktionsplan, die beide auf dem Gipfel selbst verabschiedet werden sollen. In seiner Eröffnungsrede betonte Adama Samassekou, der Präsident der PrepCom, noch einmal die Dringlichkeit einer Einigkeit und rief zu Kooperation und Solidarität auf. Doch zwei Tage später bereits waren nicht nur die zivilgesellschaftlichen Vertreter/innen offiziell von den Treffen ausgeschlossen, auch zwischen den Staaten traten die Konflikte immer offener zutage. Im offiziellen Verhandlungsprozess zur vorläufigen Erklärung und des Aktionsplanes offenbarten sich die zum Teil gravierenden unterschiedlichen Vorstellungen der einzelnen Länder, so dass darauffolgend sechs Arbeitsgruppen etabliert wurden, deren Ziel es war, zu den einzelnen Gebieten eine einheitliche Sprache zu entwickeln.

Neu hinzugekommen ist die vor allen seitens der Schweiz propagierte Gruppe zu Medien und Informationsfreiheiten. Bislang gliedert sich die vorläufige Deklaration, die auf dem Gipfel verabschiedet werden soll, neben der einleitenden Gemeinsamen Vision der Informationsgesellschaft in zwei weitere Bereiche: zum einen die allgemeinen Grundlagen zum Aufbau einer Informationsgesellschaft, euphemistisch ergänzt durch den Zusatz "eine neue globale Herausforderung für das neue Millennium", zum anderen werden die Schlüsselprinzipien zur Ermöglichung "einer Informationsgesellschaft für alle" benannt.

Die Problemfelder

In fast allen wichtigen Fragen konnte bislang keine Einigung erzielt werden. Einige Felder jedoch sind besonders umstritten, wie die Finanzierung der Überwindung der digitalen Spaltung, Sicherheitsfragen im Internet oder die Garantie von Menschenrechten und Kommunikationsrechten. Dabei zeigen sich auch im WSIS-Prozess die altbekannten grundsätzlichen Gräben zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern: Es wird immer deutlicher, dass auch dieser UN-Gipfel die grundlegenden Fragen nach Überwindung der Armut, der Spaltung der Welt aber auch der Garantie von Menschenrechten behandelt und eben nicht nur rein technische Aspekte der Informationsgesellschaft.

Darüber hinaus sind mit der zunächst beabsichtigten Einbindung der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft zusätzliche Akteure in den Prozess involviert, deren Konzepte zum Teil weit über die der Staaten hinausgehen. Die Konfliktlinien bewegen sich zwischen den Eckpunkten der staatlichen Souveränität, wirtschaftlicher Interessen und grundlegenden humanistischen Werten.

Weitgehend entschärft wurde der Text der Deklaration bereits zugunsten unverbindlicher Aussagen gegenüber der Verantwortung der Staaten zur Ermöglichung von Informations- und Kommunikationstechnologien. Ob sie in Übereinstimmung mit internationalem Recht und der UN-Charta implementiert

werden dürfen, ist nach wie vor umstritten. Hinzu kommt, dass Punkte wie Intellectual Property Rights, die umfassende Bezeichnung für Verwertungsrechte wie Urheberrechtsansprüche, innerhalb der WTO bzw. der WIPO geregelt sind und dort verhandelt werden.

Internet Sicherheit (internet security)

Probleme gibt es auch bei Internet Sicherheit - bislang konnten sich die Staatenvertreter nicht auf eine gemeinsame Linie einigen. Insbesondere Russland und China wollen, dass explizit die (potentiellen) Gefahren durch ICT auch für militärische Felder im Text verankert werden. Der ironisch titulierte "Tschetschenien-Paragraph" ist höchst umstritten und birgt die Gefahr, dass Inhalte oder sogar die gesamte Infrastruktur aufgrund vager nationaler Sicherheitsinteressen zensiert werden. Damit bewegt sich die Sicherheitsdebatte nah an der Debatte um die nationale Souveränität. Der Begriff "information security", an dem zu Recht kritisiert wird, dass Staaten ihn als Legitimation für Zensur und staatliche Kontrolle auslegen können, ist hoch umstritten und auch der Alternativbegriff "network security" hilft nur wenig weiter.

Denn hinter der Debatte verbergen sich wesentliche Kontrollfragen über das Internet in den jeweiligen Staaten. Viele Staaten sind nicht bereit, nationale Souveränität gerade sich im Bereich des Internets abzugeben. Vor allem China ist neben Russland Wortführer dieser Linie. Nationale Kontrolle soll garantiert sein und das Internet der jeweiligen nationalen Rechtsprechung unterliegen. Die Garantie von freier Kommunikation kollidiert hier mit der (bestehenden) Unfreiheit des Menschenrechts auf freie Meinung. Die Verlängerung der Souveränität des Nationalstaates in den Cyberspace und damit garantierter Kontrollrechte für Regierungen vertreten die Mehrheit der Entwicklungsländer. Dahinter verstecken sich auch monetäre Interessen, denn mit den mit dem Internet verbundenen Entwicklungen - von E-Commerce über die Verbreitung von Inhalten bis zum Management von Domain-Namen und IP-Adressen - lässt sich Geld verdienen.

Internet Governance

Unter Internet Governance verbirgt sich die kontrovers diskutierte Frage der internationalen Verwaltung der Internetinfrastruktur, d.h. der grundsätzlichen Verwaltung und Regulierung des World Wide Web. U.a. geht es hierbei um die Regulierung von Domainnamen und IP-Nummern (Internetadressen). Zwei wesentliche Positionen stehen dabei konträr gegenüber: Zum einen die vor allem seitens der USA favorisierte Position, nach der die Internetinfrastruktur zwischen Staaten und sonstigen Akteuren geregelt werden soll. Die Europäische Union und die NAFTA-Staaten sind hier der gleichen Meinung. Dagegen steht die Position, die Internetinfrastruktur durch eine geeignete intergovernmentale Organisation unter dem Dach der UN regeln zu lassen, für die sich vor allem die G21 aussprechen. Diese internationale Organisation könnte die ITU sein.

Nach der derzeitigen Regelung der Internetinfrastruktur werden die Namen und Nummern des Internet von der Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN) beaufsichtigt. Gegründet als privates, gemeinnütziges Unternehmen, unterliegt die ICANN kalifornischem Recht und wird von den USA kontrolliert, weshalb die USA verständlicherweise wenig Interesse an einer Veränderung haben. Auch hier geht es um monetären Interessen, zumal zukünftig gerade mit dem Wachsen des Internets dieser grundlegenden Frage immer höhere Bedeutung zukommen wird.

Auf der anderen Seite gibt es berechtigte Einwände gegen eine intergovernmentale Regulierungsstruktur. Befürchtungen, dass deren Befugnis über die rein technische Koordinierung im Sinne einer Internet Governance hinausgehen könnten, sind nicht von der Hand zu weisen. Insbesondere die

Gefahr einer Inhaltskontrolle könnte bei einer Mandatsausweitung schnell auf der Agenda stehen.

Geistige Eigentumsrechte und Open Source

Schleichend hat sich die vor allem von den USA und der Wirtschaft favorisierten Linie der Nicht-Behandlung der Intellectual Property Rights im Rahmen des WSIS durchgesetzt. Benannt werden sie nur insofern, als dass die bestehenden Instrumente wie GATS und TRIPS bekräftigt werden sollen. Damit wird es den laufenden Verhandlungen in der WIPO und der WTO überlassen, wie die zukünftigen globalen Rahmenbedingungen für den "freien Informationsfluss" aussehen sollen.

Dagegen positionieren sich gemeinsam mit der Zivilgesellschaft die Entwicklungsländer und fordern eine Stärkung der Rechte der Schöpfer und nicht nur der Verwertungsgesellschaften. Implizit geht es hierbei um das Recht der Nutzer an einer freien Teilhabe an der Informationsgesellschaft. Gerade hier wird Open Source und freie Software interessant. Unterstützt wird diese Position insbesondere auch von der Europäische Union.

Menschenrechte

Versuche, ein Menschenrecht auf Information und Kommunikation in den WSIS zu implementieren, scheitert an einer breiten Staatenallianz mit der Begründung, dass der WSIS hierfür kein Mandat besitze. Auch Forderungen nach einer internationalen Verankerung eines Rechts auf Kommunikation, sowie konkrete Maßnahmen gegen flächendeckende Überwachung individueller Internet-Kommunikation sind einem wachsenden Widerstand der Staaten ausgesetzt. Zu Recht weist die Zivilgesellschaft auf die Verletzung von Menschenrechten in diesem Bereich hin. Allem Anschein nach wird es gerade in diesem grundlegenden Punkt wohl zu keiner expliziten Aussage kommen und somit implizit "nur" die Menschenrechtscharta zugrunde liegen.

Finanzierung und Umsetzung

Obwohl sowohl die Finanzierung zur Überwindung der digitalen Spaltung, als auch Fragen der konkreten Umsetzung von Maßnahmen wesentlich für das Gelingen des Prozesses sind, gab es weder eine separate Arbeitsgruppe noch konkrete Pläne zu deren Ausarbeitung. Die allgemeine Forderung ist, einen internationalen Finanzierungsfond für die digitale Solidarität einzurichten. Insbesondere Brasilien, China, Indien und Südafrika sprechen sich vehement für einen solchen Fonds aus.

Die Industriestaaten, allen voran die EU, die USA und Japan, verdeutlichten allerdings bereits vor der dritten PrepCom, dass sie nicht gewillt sind, zusätzliche Finanzmittel zur Überwindung der digitalen Spaltung zur Verfügung zu stellen. Damit haben sie wesentlich einen der bislang noch unterschwellig schwelenden Konflikte verschärft. Zu befürchten ist, dass das Ergebnis des Gipfels keine wirklich konkreten Maßnahmen erbringen wird. Vor diesem Hintergrund sind insbesondere zwei als relativ unbedeutend wahrgenommene Punkte wesentlich:

a) die Bezugnahme auf den Monterrey-Consensus, das Abschlussdokument des UN-Gipfels zur Entwicklungsfinanzierung. Zwar setzen sich nicht ausschließlich nur die Industriestaaten für einen Querverweis an prominenter Stelle in der Deklaration aus, aber die Strategie, finanzielle Mittel zur Überwindung der digitalen Spaltung schlichtweg in das Ziel von Monterrey 0,7%/BIP zu integrieren, ist zu befürchten. Zwar ist es wohl utopisch, verbindliche Finanzzusagen im Rahmen des WSIS zu erwarten, es aber unter den ebenfalls unverbindlichen Entwicklungsfinanzierungsprozess zu packen, höhlt sowohl den FfD-Prozess als auch den WSIS-Prozess aus und würde in erster Linie die Industrieländer entlasten.

b) die Favorisierung von Public-Private-Partnerships (PPP), jener angeblichen Zauberformel, insbesondere die Wirtschaft zur Entwicklungsfinanzierung einzubinden. Im Bereich der Telekommunikation und der digitalen Techniken werden in erster Linie die großen Multinationalen Konzerne, wenn überhaupt, darauf anspringen. Die Risiken und Nebenwirkungen davon sind jedoch immens, bedenkt man, dass ein hoher Anteil der Staaten noch über keinerlei Telekommunikations-Infrastruktur verfügen und staatliche, bzw. internationale Regeln schwer gegen die Privatwirtschaft durchzusetzen sind.

Zivilgesellschaft @ WSIS

Auch im Rahmen des WSIS-Prozesses hat sich eine breite Palette an zivilgesellschaftlichen Akteuren und NRO formiert und organisiert. Grundlegende Forderung ist eine Informationsgesellschaft aufbauend auf den Grundpfeilern von sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und Partizipation und menschlicher wie sozialer Entwicklung. Skepsis herrscht in der Frage, ob man von einer globalen Informationsgesellschaft sprechen kann oder ob nicht vielmehr von einer Vielzahl unterschiedlicher Gesellschaften gesprochen werden muss. Darüber hinaus sind die Forderungen der Zivilgesellschaft in vielen Punkte weitergehend als die tatsächlich verhandelten Positionen, basierend auf weitreichende Expertise.

Zugrunde liegt das Verständnis von Information als globalem öffentlichem Gut, welches nicht – oder nur in eingeschränktem Maße – zur kommerziellen Verwertung geeignet ist. Damit sind Informations- und Kommunikationsressourcen Teil der "Global Commons", welches eine Sicherung und Erweiterung der Public Domain einschließt. Zudem stehen für die Zivilgesellschaft besonders die Intellectual Property Rights bzw. die bestehenden wirtschaftsorientierten Informations- und Kommunikationskonzepte zur Disposition.

Gleiches gilt für die Open Source Bewegung, die sich von kommerzieller Softwareproduktion abhebt. Freie Software und kooperativ angelegte Technologieproduktion gehören zu den Forderungen vieler zivilgesellschaftlicher Akteure. Das Konzept des Open Content bietet eine Erweiterung in den Contentbereich und einen praktischen Ansatz der Information Commons.

Schließlich ist eine der grundlegenden Forderungen der Zivilgesellschaft die Verankerung von Kommunikation als Menschenrecht. Das Verständnis von Kommunikation geht hierbei über den bloßen Zugang zu Information hinaus, d.h. es wird als universeller, interaktiver und partizipatorischer Prozess verstanden, der eine kulturelle Diversität gewährleistet.

Die Überwindung des Digital Divide ist eine weitere zentrale Forderung. Dabei thematisiert die Zivilgesellschaft nicht nur die ungleichen Lebensverhältnisse zwischen Nord und Süd und die dringend notwendige Armutsbekämpfung, sondern auch die Barrieren, die innerhalb von Gesellschaften den Zugang zu Information und Wissen erschweren. Neben den politischen sind das gerade auch soziale Barrieren, wie Bildung, Herkunft und Geschlecht. Insbesondere die geringere Partizipation von Frauen an der Informationsgesellschaft bzw. die Reduktion von Geschlechterhierarchien sind zentral.

Ausblick

Fehlende gemeinsame Vision

Spätestens nach der nunmehr dritten PrepComm zeigt sich, dass der Weltgipfel es nicht schaffen wird, eine gemeinsame gegenwärtige und zukünftige globale Vision der Informationsgesellschaft zu entwerfen. Zu tief liegen die bekannten Gräben zwischen Nord und Süd. Zudem ist von dem enthusiastischen Ziel, einen "wirklichen" multi-stakeholder-dialogue einzuberufen, nicht viel übrig geblieben. Der Ausschluss der Zivilgesellschaft aus den offiziellen Verhandlungen spricht eine deutliche Sprache. Die bekannten UN-Strukturen, die zwar immer von Transparenz und Partizipation sprechen, de facto aber wenig damit zu tun haben, haben sich wieder einmal negativ bestätigt. Auf der anderen Seite muss man aber auch fragen, was ein UN-Gipfel zur Informationsgesellschaft mit den herkömmlichen Akteuren grundsätzlich überhaupt leisten kann, denn einem Großteil der Staaten-Delegierten fehlt das Know-How und ihre Bereitschaft, es „von außen“ zu integrieren ist nur wenig ausgeprägt.

Die Bedeutung des Prozesses

Auf der anderen Seite ist jedoch der WSIS-Prozess der erste auf globaler Ebene, der versucht, ein gemeinsames Verständnis der Informationsgesellschaft und der daraus resultierenden Anforderungen für die Welt zu formulieren. Er wird somit, unabhängig vom Ergebnis, immer als erstes Referenzdokument herangezogen werden. Umso wichtiger ist es, in möglichst vielen Punkten eine erste (ausbaufähige) Grundlage zu entwickeln. In gewisser Weise bedeutet das, pragmatisch an den Prozess heranzugehen. Der WSIS wird weder die Ergebnisse von Monterrey oder anderen UN-Prozessen übertreffen, noch wird die UN bzw. die ITU über die internationalen Handels- und Intellectual Property-Regeln hinausgehen. Dazu hat die UN gegenüber der WIPO oder der WTO ein zu geringes Gewicht.

Dennoch ist der WSIS als wichtige Ergänzung zum FfD- und WSSD-Prozess zu verstehen und wird, wenn auch sicherlich in den meisten Punkten unverbindlich, grundsätzliche Ansichten formulieren, die in weiteren Prozessen (nicht nur auf UN-Ebene) nur schwer wieder revidierbar sein werden.

Der Cancún-Faktor

Durch das Scheitern der WTO-Verhandlungen in Cancún bietet sich noch eine weitere Chance für den WSIS. Die Industriestaaten - insbesondere die Europäische Union - befürchten ein weiteres Scheitern einer internationalen Konferenz. Das Gespenst vom Ende des Multilateralismus ist auch in Genf präsent. Tatsächlich würde ein Scheitern eine weitere nachhaltige Schwächung des internationalen Systems, insbesondere der UN bedeuten. Aufgrund der generell relativ schwachen Stellung der UN wäre dies sicherlich ein Desaster, zumal es mehr als fraglich ist, ob die beim WSIS auf der Agenda stehenden Problem bilateral zu "lösen" sind.

Ob und in welchen Punkten dies für ein positives Gelingen des WSIS nutzbar ist, bleibt jedoch offen. Die Ankündigung der Industriestaaten, keine zusätzlichen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, hat zumindest Öl ins Feuer gegossen – wodurch ein Scheitern des WSIS nicht ganz unwahrscheinlich wird. Wie immer spricht allerdings auch der Süden nicht mit einer Stimme, die sogenannten "Schwellenländer" vertreten ganz eigene Interessen, da sie sich finanziell einiges von den ICT erhoffen.

Das war auch in Cancún nicht viel anders, das Scheitern der WTO-Verhandlungen offenbart zwar vordergründig die Süd-Nord-Spaltung. Dahinter verbergen sich

aber andere Interessen, die im negativen Fall die Süd-Süd-Spaltung weiter forcieren. Bilaterale Abkommen können in keinem Fall die Alternative sein, das gilt sowohl für das Handelsrecht, als auch für den WSIS-Prozess.

Vision Impossible?

Immer mehr offenbart sich, dass die zentralen Fragen der Informationsgesellschaft in der Ausgestaltung der weltweiten Handelsregeln liegen. Ohne den Willen der Staaten, diese zu revidieren, wird eine wirkliche Vision der Informationsgesellschaft unmöglich. Die Diskussionen um die Intellectual Property Rights sind ein guter Beleg hierfür. Was ergibt sich daraus für die Zivilgesellschaft? Pragmatisch betrachtet ist es sicherlich nach wie vor wichtig, zentrale Punkte der Deklaration und des Aktionsplans positiv zu beeinflussen. Sie sollte sich aber bewusst sein, dass der WSIS "nur" den grundsätzlichen Rahmen schaffen kann, die Ausgestaltung und die Umsetzung dieser obliegen dann nicht nur der UN.

Eine eigene Positionierung in Form einer zivilgesellschaftlichen Deklaration ist immens wichtig. Die PrepCom 3a wird zeigen, inwieweit die Zivilgesellschaft den offiziellen Prozess weiter mittragen kann. Wichtig wird es sein, deutlich zu machen, dass eine gemeinsame Vision zur Informationsgesellschaft nur unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft möglich ist. Und dies auch nur, wenn sie auf "gleicher Augenhöhe" verhandeln kann.

Kontakt: info@perglobal.org

<http://www.perglobal.org>

Dokumente

Agenda 21: <http://www.bmu.de/download/dateien/agenda21.pdf>

Charta der Bürgerrechte für eine nachhaltige Wissensgesellschaft:
http://www.worldsummit2003.de/download_de/Charta-Flyer-deutsch.pdf

Deklaration von Rio:
<http://www.unep.org/Documents/Default.asp?DocumentID=78&ArticleID=1163>

Draft Declaration of Principles:
http://www.itu.int/wsis/documents/doc_multi.asp?lang=en&id=1013|1014

Draft Declaration of Principles / Non-Paper:
http://www.itu.int/wsis/documents/doc_multi.asp?lang=en&id=1031|1033

Draft Plan of Action:
http://www.itu.int/wsis/documents/doc_single.asp?lang=en&id=1012

Millennium Development Goals: <http://www.developmentgoals.org/>

PrepcCom 2 - Final Report:
http://www.itu.int/wsis/documents/doc_multi.asp?lang=en&id=400|430

PrepCom 3 - Draft Final Report:
http://www.itu.int/wsis/documents/doc_single.asp?lang=en&id=1008

Monterrey-Consensus - Draft Outcome of the International Conference on Financing for Development: <http://www.un.org/esa/ffd/aconf198-3.pdf>

Report by Sub-Committee 1:
http://www.itu.int/wsis/documents/doc_single.asp?lang=en&id=989

Report by Sub-Committee 2:
http://www.itu.int/wsis/documents/doc_single.asp?lang=en&id=1019

Report of the World Summit on Sustainable Development (WSSD): <http://ods-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N02/636/93/PDF/N0263693.pdf?OpenElement>

Universal Declaration of Human Rights:
<http://www.unhchr.ch/udhr/lang/ger.htm>

Uruguay Round Agreements:
http://www.wto.org/english/docs_e/legal_e/legal_e.htm#TRIPs

Links

Offizielle WSIS Sites

WSIS: <http://www.itu.int/wsis/>

Schweizer Exekutivsekretariat: <http://www.wsisgeneva2003.org/>

Zivilgesellschaft

Association for Progressive Communications (APC): <http://www.apc.org/>

Center of Concern: <http://www.coc.org/coc>

Centre for Science and Environment: <http://www.cseindia.org>

Chaos Computer Club: <http://www.ccc.de/>

Civil Society in the WSIS: <http://www.geneva2003.org/>

Civil Society New Center: <http://prepcom.net/wsis>

Communication Rights in the Information Society (CRIS):
<http://www.crisinfo.org/>

Computer Professionals for Peace and Social Responsibility (CPSR):
<http://cpsr.org/>

Conference of NGOs in Consultative Status Relationship with the United Nations (CONGO): <http://www.conferenceofngos.org>

Danish Institute for Human Rights: <http://www.humanrights.dk/>

Deutscher Naturschutzring (DNR): <http://www.dnr.de>

Electronic Frontier Foundation (EFF): <http://www.eff.org/>

Electronic Privacy Information Center (EPIC): <http://www.epic.org/>

Evangelischer Entwicklungsdienst (EED): <http://www.eed.de/>

Focus on the Global South: <http://www.focusweb.org/>

Foro Global: <http://www.ffdforglobal.org>

Forum Umwelt und Entwicklung: <http://www.forumue.de>

Forschungsgruppe Informationsgesellschaft und Sicherheitspolitik (FOG:IS):
<http://www.fogis.de/>

Gipfelthemen: <http://www.gipfelthemen.de/>

Global CN - Platform for Community Networks: <http://www.globalcn.org/>

Global Internet Liberty Campaign: <http://www.gilc.org/>

Global Policy Forum: <http://www.globalpolicy.org>

Heinrich Böll Stiftung - Worldsummit2003: <http://www.worldsummit2003.de/>

Inter Action, American Council for Voluntary International Action:
<http://www.interaction.org>

International Institute for Sustainable Development (IISD): <http://www.iisd.ca/> /
<http://www.iisd.org>

ISIS International Manila: <http://www.isiswomen.org/>

Netzwerk Neue Medien: <http://www.netzwerk-neue-medien.org/>

Oxfam: <http://www.oxfam.org/>

Perspektiven Globaler Politik (PerGlobal): <http://www.perglobal.org>

Privatkopie: <http://www.privatkopie.net/>

Protect Privacy - Verein für digitale Grundrechte:
<http://www.againsttcpa.com/protect-privacy.html>

SAPRIN (Structural Adjustment Participatory Review International Network):
<http://www.igc.org/dgap/saprin/>

Stiftung Entwicklung und Frieden: <http://www.bicc.de/sef/index.html>

Social Watch: <http://www.socialwatch.org/>

Taking IT Global: <http://www.takingitglobal.org/>

Terre des Hommes: <http://www.tdh.de>

Third World Network: <http://www.twinside.org.sg/>

UNED Forum: <http://www.earthsummit2002.org>

What Society Is: <http://www.wsis.info/>

Women's Edge: <http://www.womensedge.org>

World Economy, Ecology & Development (WEED): <http://www.weedbonn.org>

Worldwatch Institute: <http://www.worldwatch.org>

World Civil Society Forum: <http://www.worldcivilsociety.org/>

WSIS Civil Society Meeting Point: <http://www.wsis-cs.org/>

Internationale Organisationen

Economic and Social Council (ECOSOC):

<http://www.un.org/esa/coordination/ecosoc/>

Europäische Union: <http://www.europa.eu.int/>

International Telecommunication Union (ITU): <http://www.itu.int/>

Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN):

<http://www.icann.org/>

International Monetary Fund (IMF): <http://www.imf.org>

United Nations (UN): <http://www.un.org/>

UN-Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO):

<http://www.unesco.org>

UN-Entwicklungsprogramm (UNDP): <http://www.undp.org>

UN-Kommission für Handel und Entwicklung (UNCTAD): <http://www.unctad.org>

UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD):

<http://www.un.org/esa/sustdev>

UN-Sekretariat zu Financing for Development: <http://www.un.org/esa/ffd/>

UN-Sicherheitsrat: <http://www.un.org/peace>

UN-Umweltprogramm (UNEP): <http://www.unep.org>

World Bank: <http://www.worldbank.org>

World Intellectual Property Organization (WIPO): <http://www.wipo.org/>

World Trade Organization (WTO): <http://www.wto.org>

World Summit on Sustainable Development (WSSD):

<http://www.johannesburgsummit.org/>